

VKU

## Wärmeplanung für alle Kommunen

**[22.06.2023] Bundesbauministerin Klara Geywitz plant offenbar, dass eine kommunale Wärmeplanung bis 2028 auch für Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern verpflichtend werden soll. Der VKU begrüßt den Schritt.**

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) unterstützt den Vorschlag von Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) für eine flächendeckende Wärmeplanung. Geywitz hatte gestern (21. Juni 2023) in der Fragestunde des Bundestags angekündigt, dass die kommunale Wärmeplanung bis 2028 auch für Kommunen mit weniger als 10.000 Einwohnern verpflichtend werden soll. Der VKU hält dies für einen sinnvollen Schritt auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2045. Mit kommunalen Wärmeplänen könnten Städte und Gemeinden ihre eigene Strategie für eine klimaneutrale Wärmeversorgung entwickeln und die vor Ort am besten geeignete und kostengünstigste Technologie auswählen.

VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing sagte: „Es ist die logische Folge, wenn mit dem Gebäudeenergiegesetz (GEG) Rechtsfolgen an Wärmepläne geknüpft werden, dass diese Wärmepläne auch flächendeckend erstellt werden müssen. Auch in kleinen Gemeinden, in den ländlichen Räumen, werden die Menschen Klarheit über die künftigen Optionen der klimaneutralen Wärmeversorgung verlangen.“

Allerdings sollten die gesetzlichen Anforderungen angepasst, die Verfahren vereinfacht und Kooperationen zwischen mehreren Kommunen unterstützt werden, so der Verband. Der Bund könnte auch durch standardisierte Software-Lösungen für Wärmepläne in kleinen Gemeinden helfen.

(al)

Stichwörter: Politik, kommunale Wärmeplanung